

Niederschrift

Gremium			
Rat			03. Sitzung
Sitzungsort			Sitzungstag
Jahnhalle, Jahnstraße 20, 51709 Marienheide			29.06.2021
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
23.06.2021		18:00 Uhr	20:53 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Meisenberg, Stefan

Bürgermeister

Ratsmitglieder CDU

Ammermann, Harald

CDU

Bringheli, Salvatore

CDU

Fuchs, Timo

CDU

Göldner, Sebastian

CDU

Hillrichs, Birgit

CDU

Korthaus, Günther

CDU

Kronenberg, Katharina

CDU

Schmidt, Vera

CDU

Stötzel, Manfred

CDU

Wasserfuhr, Andre

CDU

Weber, Cornelia

CDU

Wittke, Matthias

CDU

Ratsmitglieder SPD

Geisel, Fabian

SPD

Hanke, Karl-Heinz, Dr.

SPD

Kramer, Harald

SPD

Maurer, Holger

SPD

Meckel, Birgit

SPD

Trifonidis, Gabriele

SPD

anwesend ab 18.25 Uhr

Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Drossmann, Devin

Bündnis 90/Die Grünen

Schiefer, Michael

Bündnis 90/Die Grünen

Trommershausen, Claudia

Bündnis 90/Die Grünen

Wilhelm, Wilfried

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder UWG

Goldbach, Ulrike

UWG

Kolfenbach, Holger

UWG

Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi

FDP

Rittel, Jürgen

FDP

Ratsmitglieder fraktionslos

Zander-Wörner, Kirsten

fraktionslos

Es fehlten entschuldigt:Ratsmitglieder CDU

Dusdal, Elisabeth

CDU

Ratsmitglieder UWG

Abstoß, Christian

UWG

Ratsmitglieder fraktionslos

Gumprich, Dieter

fraktionslos

Verwaltung:

Dreiner, Christoph

Garn, Thomas

Kranenberg, Eva

Müller, Volker

Schorde, Susanne

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Verabschiedung ausgeschiedener Ratsmitglieder der Legislaturperiode 2014-2020	
---	--	--

Bürgermeister Meisenberg verabschiedet gemeinsam mit seinen Stellvertretern, Timo Fuchs und Birgit Meckel 11 Ratsmitglieder, welche Ende Oktober 2020 den Rat der Gemeinde Marienheide verlassen haben. Günter Berges, Michael Hettich, Christel Kirkes und Reinhard Schleicher haben sich für die heutige Verabschiedung entschuldigt.

Die Eheleute Victoria und Carsten Jaeger, Karl-Wilhelm Kemper, Wolfgang Schellberg, Markus Schramm, Mehmet Türkmén und Sven Wottrich werden feierlich verabschiedet und erhalten Dankesurkunden, Ehrengaben und Präsente. Die Ehrung der fehlenden Ratsmitglieder wird entsprechend nachgeholt.

2	Verabschiedung und Ernennung Wehrführung Freiwillige Feuerwehr Marienheide	
----------	---	--

Bürgermeister Meisenberg möchte heute die angemessene Verabschiedung des stellv. Wehrführer, Gemeindebrandinspektor Joachim Kampf aus seinem langjährigen Amt nachholen, welche bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.02.2021 vollzogen worden war. Er dankt ihm in seiner Ansprache für seine geleistete Amtszeit und sein ehrenamtliches Engagement.

Im Anschluss begrüßt er ebenfalls den neuen stellv. Wehrführer, Gemeindebrandinspektor Matthias Kohn, welcher bereits am 23.02.2021 zu 6 Jahren stellv. Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Marienheide ernannt wurden war und dankt ihm für seine Bereitschaft und sein Engagement.

Das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter begann mit Wirkung vom 26.02.2021.

3	Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung	
----------	---	--

1.Frage: Udo Güte

Er spricht eine Veröffentlichung im letzten Rundblick an, in welchem über die Baumaßnahmen am Heilteich berichtet worden sei und fragt nach den genauen Kosten für einen barrierearme Zuwegung, da die Kosten für den Pavillon bereits mit 750.000 € beziffert werden.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass verschiedene Maßnahmen am Heilteich im Rahmen des ISEK durchgeführt werden und eine Aufwertung der Grünfläche erzielt werden soll. Derzeit werden unterschiedliche Alternativen geprüft und im Bau- und Planungsausschuss beraten. Des Weiteren wird in Kürze ein Präsenz- oder Digital-Workshop für die Bürgerschaft stattfinden.

Da es sich bei dem Rundblickartikel um eine Veröffentlichung der Partei Bündnis 90/Die Grünen handelt, verweist er auf die Geschäftsordnung und bittet die Fraktion die Frage von Herrn Güte zu beantworten.

RM Trommershausen führt aus, dass die dortigen Kosten wahrscheinlich noch teurerer werden, als erwartet.

Zur Klarstellung erläutert Herr Dreiner, dass mit Gesamtkosten, welche im Rahmen des Förderantrages bewilligt worden seien, von ca. 3,36 Mio. € zu rechnen sei. Der Weg zum Kleinbahnweg wird mit ca. 560.000 € zuwendungsfähigen Ausgaben beziffert. Ca. 2,8 Mio. € entfallen für den Heilteich (u.a. Wasserbau, Freiraumplanung, Sanierung Pavillon, usw.) an. Bei einem Neubau des Pavillons würden Mehrkosten anfallen, die mit der Bezirksregierung Köln abzustimmen sind.

Bürgermeister Meisenberg verweist auf die heute noch zu behandelnden Anträge (TOP 11.2 bis 11.5), welche weitere Erläuterungen in diesem Thema geben werden.

2. Frage: Lilja Radermacher

Sie fragt, warum es einen Zuweg zum Heilteich geben muss, welcher zum Verlust von alten Bäumen führt und fragt nach, warum es keine anderen Möglichkeiten gibt? Bürgermeister Meisenberg verweist hierzu auf die späteren Ausführungen zu TOP 11.2.

Des Weiteren fragt sie nach der Rechtfertigung für versiegelte Flächen beim Pavillonbau bzw. bei der Heilteichumrandung. Dies sei nicht zuträglich fürs Klima. Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass eine umfangreiche Freiraumplanung und ein einstimmiger Ratsbeschluss zum Heilteich vorliegt, allerdings das Gesamtkonzept derzeit verfeinert werde, d.h. somit noch keine abschließende Entscheidung zum Umfang der Versiegelung vorliegt. Begleitet wird die Planung durch einen landschaftspflegerischen Fachbeitrag mit Artenschutzprüfung, die Kompensationen für einen erweiterten Eingriff in Natur und Landschaft vorsehen muss.

3. Frage: Detlef Leisering

Seine Frage bezieht sich auf den Flächennutzungsplan und das Gebiet oberhalb des Friedhofes Hermannsbergstraße, welches jetzt bereits zum 5. Mal in der Diskussion stehe. Er fragt, ob dieses Gebiet nun als Wohngebiet ausgewiesen werden soll und welche Gutachten hierzu erfolgt seien?

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass es hierzu Eingaben aus der Bürgerschaft geben hat, welche Gegenstand im Bau- und Planungsausschuss waren. Der BPA habe sich im Hinblick auf eine Planungsperspektive von 20 Jahren für eine mögliche Entwicklung eines Wohngebietes entschieden. Gutachten gebe es noch keine, da es sich um einen vorbereitenden Bauleitplan handelt. Daher sei es auch gar nicht gewiss, ob diese Fläche jemals bebaut wird bzw. werden kann. Es gehe jetzt darum Handlungsspielräume für die Zukunft im Flächennutzungsplan zu schaffen. Darüber hinaus ist die Gemeinde zum größten Teil Eigentümer dieser Fläche.

4. Frage: Thomas Kind

Herr Kind schließt sich seinem Vorredner an, da auch ihn die Hermannsberg- bzw. Ringstraße betreffe. Er fragt, ob auch das Flurstück 965 betroffen sei? Verwaltungsseitig kann dies erst im Nachgang zur Sitzung beantwortet werden.

Nachtrag:

Das Flurstück 965 soll ebenso die Darstellung einer Wohnbaufläche im FNP erhalten. Da es sich derzeit um eine Grünfläche im rechtswirksamen FNP handelt, wurde im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 31 „Hermannsberg“, 3. Änderung unter Berücksichtigung des Entwicklungsgebotes nach § 8 (2) BauGB eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ bzw. in Randbereichen „Spielplatz“ festgesetzt. Aufgrund der eigentumsrechtlichen Situation (Privatgrundstück ohne öffentlichen Charakter, z.B. durch geeignete öffentliche Zugangsregelungen des Grundstückes) sowie aus den örtlichen Gegebenheiten

heraus, (Flurstück 965 wird als Garten eines bestehenden Wohnhauses genutzt) mache die beabsichtigte Änderung der Darstellung einer Wohnbaufläche anstelle einer Grünfläche schon alleine daher planungsrechtlich Sinn.

Da der Flächennutzungsplan keine Satzung ist und somit keine unmittelbare Rechtswirkung entfaltet, ändert sich ohne Änderung des Bebauungsplans an der zulässigen Nutzung des Grundstückes zunächst nichts. Es bleibt bei der im Bebauungsplan festgesetzten öffentlichen Grünfläche, so lange bis ein neuer Bebauungsplan auf der Grundlage der Darstellung des Flächennutzungsplans geändert bzw. aufgestellt wird.

Eine Planungspflicht der Gemeinde besteht nach den Vorgaben des Baugesetzbuches regelmäßig nur dann, wenn ein Bebauungsplan nach der planerischen Konzeption der Gemeinde erforderlich ist und eine geordnete städtebauliche Entwicklung gefährdet wäre. Letzteres kann aufgrund der Nutzung des Grundstückes ausgeschlossen werden.

Ein Planungserfordernis im Sinne von § 1 (3) BauGB zur Änderung bzw. Aufstellung eines Bebauungsplans ließe sich jedoch aus o.g. Gründen zu einem späteren Zeitpunkt sehr wohl begründen, sofern eine Darstellung einer Wohnbaufläche im Flächennutzungsplan rechtswirksam werden würde. Verbindliches Baurecht zur Sicherung der städtebaulichen Ordnung entfaltet jedoch nur ein Bebauungsplan mit seinen rechtsverbindlichen Festsetzungen. Sofern im Bebauungsplan keine überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt werden, würde gleichwohl die Festsetzung eines Wohngebietes im Bebauungsplan noch kein verbindliches Baurecht z.B. für die Errichtung eines Wohnhauses schaffen. Es bliebe auch dann bei der parkähnlichen Gartennutzung des Grundstückes. Abschließend obliegt es alleine dem Eigentümer, ggf. zukünftige Baurechte umzusetzen oder nicht. Die Durchsetzung eines etwaigen Baugebotes gem. § 176 BauGB nach Rechtskraft eines Bebauungsplans werde es seitens der Gemeinde sicherlich nicht geben.

4	Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2020; Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020	Drucksache Nr. BV/098/21 /1
---	---	---

Ratsmitglied Fuchs übernimmt als stellvertretender Bürgermeister die Sitzungsleitung. Er erteilt RM Göldner als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses das Wort. Er berichtet vom RPA am 15.06.21, dort worden offenstehende Fragen zufriedenstellend geklärt, drei kleine Änderungen auf Wunsch von RM Kramer eingearbeitet und mit einem einstimmigen Beschluss und einer Enthaltung eine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

RM Fuchs verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung. Er bittet RM Schiefer um Erläuterung für seine Enthaltung. RM Schiefer begründet diese mit seinem Wissenstand als neues Ratsmitglied. Ihm war es nicht möglich, sich ein genaues Bild zu machen, so dass für ihn nur eine Enthaltung in Frage kam.

Bürgermeister Meisenberg bedankt sich im Nachgang der Abstimmung für den heutigen Beschluss und bedankt sich bei seinem gesamten Verwaltungsteam für die gute Arbeit.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
1.	Jahresabschluss und Lagebericht der Gemeinde Marienheide für das Jahr 2020 werden zum 31.12.2020 mit einer Bilanzsumme von 127.615.858,50 € festgestellt.
2.	Der Jahresüberschuss in Höhe von 508.897,06 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt.
3.	Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt.

5	Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln in der Gemeinde Marienheide im Jahr 2020	Drucksache Nr. IV/107/21
----------	---	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

6	Ankündigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 3 GO NRW; Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder; GGS/OGS Müllenbach: Grüner Gruppenraum mit Sensorik und Haptikpfad	Drucksache Nr. IV/112/21
----------	---	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis, Fragen stellen sich keine.

7	Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Auszahlung für die Teilnahme am Förderprogramm „Ladeinfrastruktur vor Ort“ für die Errichtung von E-Ladesäulen	Drucksache Nr. BV/108/21
----------	--	------------------------------------

Herr Dreiner führt aus, dass die Gemeinde Marienheide am 20.05.2021 die Förderung der Ladeinfrastruktur beantragt habe (Seite 2), nicht am 20.05.2020. Er erläutert die Standortermittlung und die Förderquote von 80 %.

RM Rittel fragt nach, ob bei den Baumaßnahmen beim Dr.-Oscar-Kayser-Platz die Verlegung von entsprechenden Leitungen bereits berücksichtigt werden?
Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass im Rahmen des ISEK der Heier Platz sowie der Dr.-Oscar-Kayser-Platz diesbezüglich noch nicht berücksichtigt worden seien, dies aber im Nachgang bedacht werden müsse (siehe Beschlussvorlage).

RM Kramer führt aus, dass auch Plätze, wo langes Parken gewährleistet sei, wie z.B. bei Betrieben, Schulen, Turnhallen, mögliche Standorte seien.

RM Kolfenbach spricht an, dass sich zukünftig Ladezeiten bei den modernen Fahrzeugen erheblich verkürzen werden. Der P & R Parkplatz sei allerdings ein sinnvoller Standort. Auch Tankstellen werden sicherlich in den nächsten Jahren Schnellladestationen nachrüsten müssen. Er fragt nach, wann sich die Säulen amortisieren und welche Kapazitäten des Stromnetzes hierfür zur Verfügung stehen. Verwaltungsseitig wird diese Antwort der Niederschrift beigelegt.

Nachtrag:

Die Installation von Ladesäulen ist ein Angebot an die Bürgerinnen und Bürger von Marienheide. Die Kosten für eine Ladesäule durch die Nutzung zeitnah zu amortisieren, ist besonders bei einer Normalladestation schwierig. Die Gemeindeverwaltung möchte die Ladesäulen in Kooperation mit der AggerEnergie betreiben, so dass die AggerEnergie beispielsweise die laufenden Kosten und Wartungen übernehmen könnte. Die hohe Förderquote fällt im Hinblick auf die Rentabilität ebenfalls positiv ins Gewicht.

Für die Kapazitätsabschätzung des Stromnetzes stand die Verwaltung im Austausch mit der AggerEnergie. An den drei aufgeführten Standorten sind Niederspannungsleitungen vorhanden. Für einen genauen Überblick der Kapazität des Stromnetzes sowie der Anschlussmöglichkeiten muss eine Netzanschlussanfrage bei dem Netzbetreiber gestellt werden.

RM Zander-Wörner erkundigt sich, woher der Strom für die „sauberen E-Autos“ kommt? Sie habe Bedenken, dass die Nachfrage nach Strom wächst und somit die Atomkraftwerke noch später vom Netz gehen werden. Der Ökostrom der AggerEnergie werde hierfür genutzt, so Bürgermeister Meisenberg.

RM Wilhelm fragt nach, ob Schnellladestationen oder normale Ladestationen geplant seien?

Aus der Vorlage ist ersichtlich, dass eine Ladesäule mit zwei Normalladepunkten in der Kloster- und Hauptstraße geplant seien und am Bahnhof eine Schnellladestation mit zwei Ladepunkten.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
Der Rat stimmt der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 93.000,00 € bei der Investitionsnummer 5.000150.700 „E-Ladesäulen“ auf dem Sachkonto 783110 gemäß §83 Abs. 2 GO NRW zu.	

8	Grundschule am Standort Leppestraße 26 ab 01.08.2021; - Schultart - Zügigkeit - Bezeichnung	Drucksache Nr. BV/053/21
----------	---	------------------------------------

	Abstimmungsergebnis:
--	----------------------

Beschluss:	einstimmig
Aufgrund der Auflösung des Teilstandorts mit Ablauf des 31.07.2021 und gleichzeitiger Aufhebung des Grundschulverbunds am Schulstandort Leppestraße 26 wird beschlossen: 1. Die Grundschule wird ab dem 01.08.2021 vierzünftig fortgeführt. 2. Die Grundschule führt ab dem 01.08.2021 als Schulnamen die Bezeichnung „Heier Grundschule Gemeinschaftsgrundschule der Primarstufe der Gemeinde Marienheide“. 3. Die Verwaltung wird beauftragt, das diesbezüglich Erforderliche in die Wege zu leiten.	

9	Neuaufstellung des Flächennutzungsplans a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Nachbargemeinden sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §§ 2 Abs. 2,3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB b) Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB	Drucksache Nr. BV/084/21 /1
----------	--	--

Bürgermeister Meisenberg erläutert kurz, dass nach der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des neuen Flächennutzungsplans die Bürger*innen erneut die Möglichkeiten haben, Eingaben einzureichen.

RM Geisel fragt nach, ob im neuen Entwurf noch Ergänzungen zum Gebiet „Scharderkopf“ eingepflegt worden seien? Herr Dreiner teilt mit, dass die Darstellung der Wohnbauflächenreserve „Scharder Kopf“ im Entwurf unverändert sei. Er verweist auf den entsprechenden Steckbrief in den Anlagen. Beweggrund sei es vor allem, dieses Gebiet als Wohnbauflächenreserve und somit als Tauschoption zu behalten, wenngleich die Entwicklung dieser Reservefläche in Gänze planerisch nicht sinnvoll sei. Aus planerischer Perspektive könne er somit verwaltungsseitig auch andere Auffassungen und Einschätzung absolut nachvollziehen. Sollten sich im Gemeindegebiet andere Baugebiete zukünftig als geeigneter erweisen, die aktuell noch nicht in der Planungsperspektive des FNPs sind, so bestehe die berechtigte Hoffnung, dass man zukünftig das Gebiet „Scharder Kopf“ als Tauschfläche bei der Bezirksregierung anbieten könne.

RM Kronenberg spricht die Fläche oberhalb der Hermannsbergstraße an, welche auf Antrag der Bündnis90/Die Grünen wieder in den FNP aufgenommen worden sei und stellt den Antrag, diesen Punkt B05 Nr. 6 (Seite 10) heute nochmals im Rat separat abzustimmen.

RM Schiefer erkundigt sich, ob noch weitere Änderungen in die Auslegung seit der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses eingeflossen seien? Verwaltungsseitig wird dies verneint, aber darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Grundlage der Fortschreibung der Amtlichen Basiskarte kleinere zeichnerische Anpassungen

vorgenommen worden sind. Dies betreffe aber vor allem den Freiraum. Weitere Änderungen können sich natürlich aus dem weiteren Verfahren der öffentlichen Auslegung ergeben.

RM Maurer fragt nach, ob eine heutige Einzelabstimmung zu Punkt B05 Nr. 6 verfahrensrechtliche Probleme mit sich bringen könnte, wenn der Entwurf des FNP vorbehaltlich eines Beschlusses zum vorgenannten Punkt heute geändert werden würde?

Herr Dreiner erläutert, dass keine verfahrensrechtlichen Bedenken bestehen. Es sei zutreffend, dass üblicherweise nach der Zuständigkeitsordnung der Bau- und Planungsausschuss über verfahrensbegleitende Beschlüsse (hier: Öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB) entscheidet. Schlussendlich könne aber der Rat jederzeit Entscheidungen an sich ziehen. Zumal der Rat nach der Gemeindeordnung NRW ohnehin nur abschließende Beschlüsse für Bauleitpläne (hier: Feststellungsbeschluss zum Flächennutzungsplan) treffen darf. Dies beinhaltet auch sämtliche Eingaben im Verfahren. Sollten Änderungen heute aufgrund von Beschlüssen erforderlich werden, so müsse man dies noch vor der öffentlichen Auslegung berücksichtigen. Das Verfahren bliebe abzuwarten.

Herr Dreiner teilt mit, dass im BPA über jede eingereichte Stellungnahme einzeln abgestimmt worden sei und eine Beschlussempfehlung vorliegt.

RM Kramer beantragt für die SPD-Fraktion eine namentliche Abstimmung zu Punkt B05 Nr. 6.

RM Trommershausen beantragt für ihre Fraktion um eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Sitzungspause

Weitere Rückfragen ergeben sich nicht. Sodann verliest Herr Dreiner folgenden Beschlussvorschlag zur Einzelabstimmung gem. beigefügter Abwägungstabelle:

Der Anregung, Stellungnahme B05 von Bündnis90/Die Grünen vom 24.10.2019 Nr. 6, die Prüffläche 13 am Hermannsberg mit einer Größe von ca. 1 ha wieder in den Entwurf des FNP als Wohnbaufläche aufzunehmen, wird gefolgt.

Bürgermeister Meisenberg ruft die Ratsmitglieder namentlich auf:

1. Harald Ammermann		Nein	
2. Salvatore Bringheli		Nein	
3. Devin Drossmann	Ja		
4. Timo Fuchs		Nein	
5. Fabian Geisel	Ja		
6. Ulrike Goldbach			Enthaltung
7. Sebastian Göldner		Nein	
8. Dr. - Ing. Karl-Heinz Hanke	Ja		
9. Birgit Hillrichs		Nein	
10. Holger Kolfenbach			Enthaltung
11. Emmi Körbel	Ja		
12. Günther Korthaus		Nein	
13. Harald Kramer	Ja		

14. Katharina Kronenberg			Enthaltung
15. Holger Maurer	Ja		
16. Birgit Meckel	Ja		
17. Stefan Meisenberg	Ja		
18. Jürgen Rittel	Ja		
19. Michael Schiefer	Ja		
20. Vera Schmidt			Enthaltung
21. Manfred Stötzel		Nein	
22. Gabriele Trifonidis	Ja		
23. Claudia Trommershausen	Ja		
24. Andre Wasserfuhr		Nein	
25. Cornelia Weber		Nein	
26. Wilfried Wilhelm	Ja		
27. Matthias Wittke		Nein	
28. Kirsten Zander-Wörner		Nein	
Ergebnis	13 Ja	11 Nein	4 Enthaltungen

Der Anregung, die Grünfläche am Hermannsberg als Wohnbaufläche auszuweisen, wird gefolgt und bleibt im Entwurf des Flächennutzungsplans enthalten.

Im Anschluss verliert Bürgermeister Meisenberg den Beschlussvorschlag und lässt einzeln über den Beschlussvorschlag a) und b) abstimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: a) 22 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen b) einstimmig
a) Über die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 (2), 3 (1) und 4 (1) BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird wie in den beigefügten Auflistungen dargelegt, beraten und beschlossen. b) Der Entwurf des neuen Flächennutzungsplans wird gem. § 3 (2) BauGB für die Dauer von zwei Monaten öffentlich ausgelegt.	

10	GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH; hier: Änderung des Gesellschaftervertrages	Drucksache Nr. BV/088/21
-----------	---	------------------------------------

RM Kramer fragt nach, warum die Stadt Gummersbach eine deutliche Reduzierung der Anteile vorgenommen habe?

Die Antwort wird der Niederschrift beigefügt.

Im Nachgang zur Sitzung wurde der Gesellschaftervertrag geprüft. Es ist keine Reduzierung, sondern sogar eine leichte Erhöhung der Anteile erfolgt. **Im Vertrag wurde die Stammeinlage von DM in € angepasst.**

§ 5 alt

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 730.150,00
(i. W.: Euro siebenhundertdreißigtausendeinhundertfünfzig).

(2) Die Stadt Gummersbach leistet ihre Stammeinlage in Höhe von 815.000,—**DM**,

§ 5 neu

(1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 730.150,00
(i. W.: Euro siebenhundertdreißigtausendeinhundertfünfzig).

2) Die Stadt Gummersbach leistet ihre Stammeinlage in Höhe von **EUR** 432.150,00,

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
1. Der Rat der Gemeinde Marienheide stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH in der als Anlage beigefügten neuen Fassung zu. 1. Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen die wesentlichen Regelungen des Gesellschaftsvertrages nicht verändern.	

11	Anträge	
-----------	----------------	--

11.1	Antrag der Bündnis 90/Die-Grünen-Fraktion vom 13.06.2021; Umbesetzung Gremien	Drucksache Nr. AT/114/21
-------------	--	------------------------------------

RM Kramer beantragt für die SPD-Fraktion darüber hinaus, Herrn Sami Chaaban als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu berufen, da der sachkundige Bürger Udo Tschernich ausgeschieden sei.

Über beide Umbesetzungen wird gleichzeitig abgestimmt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, Frau Annette Kulosa-Regh für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen als Vertreterin in die Schulverbandsversammlung des Zweckverbandes	

Förderschulen zu berufen.

Darüber hinaus wird beschlossen, den sachkundigen Bürger Sami Chaaban als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Udo Tschernich zu berufen.

11.2	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 13.06.2021; Barrierearmer Weg Bahnhof zum Heilteich	Drucksache Nr. AT/115/21
-------------	--	------------------------------------

RM Trommershausen ist entsetzt, dass für die Planung des barrierearmen Weges vom Bahnhof zum Heilteich zahlreiche alte Bäume weichen sollen und bittet darum, alternative Möglichkeiten zu prüfen. Sie selbst erklärt sich in dieser Sache als befangen und wird bei einer Abstimmung nicht teilnehmen.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass es sich bei dem derzeitigen Planungsstand um einen Zwischenstand handelt und legt dar, dass eine Fällung einiger Bäume aufgrund der Baumaßnahmen für die bisher vorgestellte Wegeplanung nötig werden würde.

SB Sebastian Knoch zeigte im BPA, dass der geplante Weg nicht wesentlich kürzer sei, als die bisherige barrierearme Wegeverbindung zum Heilteich über die Landwehrstraße.

Die Kostenberechnung für die vorgestellte Planung läge bei 1. Mio € und wäre somit völlig illusorisch. Vorgesehen seien bisher 560.000 €.

Daher hat Bürgermeister Meisenberg das Planungsbüro Donner & Marenbach um eine weitere Entwurfsidee gebeten. Auf einem Plan legt er da, dass ein nicht barrierearmer Weg auch ohne Fällung von Bäumen und aufwendiger Stützmaßnahmen errichtet werden könnte. Bei dieser Lösung würden landschaftliche Dinge berücksichtigt und ca. 400.000 bis 500.000 € anfallen, was im Kostenrahmen liegen würde. Der Plan wird der Niederschrift beigelegt.

RM Trommershausen ändert den vorliegenden Antrag dahingehend, die Verwaltung möge die neuen Lösungsvorschläge weiterverfolgen und berichten.

Der Rat ist ohne Beschluss mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

11.3	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 13.06.2021; Ufer Heilteich	Drucksache Nr. AT/116/21
-------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg weist daraufhin, dass zunächst die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen umgesetzt wurden und nun im nächsten Schritte die Grünflächen und Spielflächen gestaltet werden.

RM Trommershausen hat Bedenken, dass die bisherige Gestaltung bleibt.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, dass die Begrünung und Gestaltung im nächsten Schritt erfolge.

Ein Beschluss erfolgt nicht.

11.4	Antrag der SPD-Fraktion vom 14.06.2021; Fahrradständer an Bushaltestellen der Linie 336	Drucksache Nr. AT/117/21
-------------	--	------------------------------------

RM Geisel ergänzt den Antrag dahingehend, auch den Busbahnhof in die Planung der Ausstattung von Fahrradständern mit einzubeziehen.

Bürgermeister Meisenberg schätzt ein, dass die Umsetzung teilweise machbar und teilweise schwierig sei. Die Standorte müssten geprüft und die Kosten ermittelt werden.

RM Schiefer regt an, zunächst den Bedarf, evtl. mit einer Umfrage, zu ermitteln.

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass bisher 2 Anfragen vorliegen, wo es um eine Aufstellung von Fahrradboxen am Busbahnhof gehe. Eine Umfrage könne man sicherlich zusätzlich angehen.

Die Verwaltung werde über die Ergebnisse zeitnah berichten.

Mit dieser Vorgehensweise erklärt sich der Rat einverstanden, ein Beschluss erfolgt nicht.

11.5	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 15.06.2021; Prüfung von Alternativen und Ergänzungen zur Heilteichplanung	Drucksache Nr. AT/118/21
-------------	--	------------------------------------

RM Schiefer erläutert für seine Fraktion, dass man sich eine kleine Variante eines Veranstaltungsgebäudes wünsche, welche ohne große Eingriffe in die Natur umgesetzt werden könne. Ein Architekten-Wettbewerb könne zielführend sein.

RM Trommershausen ergänzt, dass ein großer Betonplatz vermieden werden sollte.

Bürgermeister Meisenberg spricht an, dass die Bezirksregierung die bisherigen Pläne sehr positiv aufgenommen habe, auch wenn evtl. einige Bäume weichen müssten. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen.

RM Kronenberg spricht sich gegen einen zusätzlichen Architekten-Wettbewerb aus, man sollte erst einmal die vorliegenden Pläne im Detail ausarbeiten.

RM Kramer und RM Kolfenbach sehen dies ähnlich, wichtig sei es, das touristische Standbein und die Kultur in Marienheide zu fördern.

RM Rittel bestätigt dies, Marienheide sei grün und waldreich. Man müsse den Blick nach vorn richten und den Ort optisch aufwerten.

RM Wilhelm sieht eine zu große Veranstaltungsfläche für bis zu 1.000 Personen kritisch, auch im Hinblick auf die Parksituation. Eine kleine Location wäre besser fürs Image, sei „klein und intimer“.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass sich im Rahmen eines Wettbewerbes eine Freiraumplanung durchgesetzt habe, die unter anderem einen großen Spielplatz vorsehe. Die Idee einer Rutschbahn vom Bahnhofsniveau zum Heilteich sei nicht realisierbar. Auch werde im weiteren Planungsverfahren die Möglichkeit einer Skateranlage geprüft.

Zunächst befinden wir uns aber in der konzeptionellen Phase für den Pavillon, die Zuwegung und den Spielplatz.

Die Größe der Veranstaltungsfläche (1.000 oder 500 Besucher) sei nicht entschieden, da hierzu noch zahlreiche Auflagen geprüft und erfüllt werden müssen. Auch müssen Veranstaltungen dieser Größenordnung angemeldet werden. Ein Sicherheitskonzept wäre ebenso erforderlich.

RM Schiefer äußert, man wäre davon ausgegangen, dass die Planung des Pavillons schon festgeschrieben sei.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, dass man alle Ideen im weiteren Prozess prüfen werde.

RM Fuchs moniert, dass solche Diskussionen nicht in den Rat gehören, sondern in die Fachausschüsse oder in Arbeitskreise.

Ein Beschluss erfolgt nicht.

11.6	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 15.06.2021; Einrichtung Bikestation Ortsmitte	Drucksache Nr. AT/119/21
-------------	--	------------------------------------

RM Schiefer möchte, dass die Gemeinde einen Anstoß zur Errichtung einer Bike-Station gibt.

Die anderen Fraktionen betrachten dies sei eine Privatangelegenheit und sehen keine Aufgabe der Verwaltung hierfür einen Anstoß zu geben. Die Verwaltung sollte bei Interesse eines Unternehmens nur begleitend tätig werden und dieses wenn möglich unterstützen.

Über den vorliegenden Antrag wird abgestimmt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen
Die Verwaltung sucht aktiv nach einer/ einem selbstständigen Unternehmer*in, um eine Radverleihstation in der Ortsmitte zu betreiben. Diese Station stellt E-Bikes und E-Lastenräder, s.g. Familybikes, für Besucher*innen und Bürger*innen von Marienheide und Umgebung zur Ausleihe bereit. Dazu stellt die Gemeinde ein geeignetes leerstehendes Ladenlokal zur Verfügung bzw. vermittelt ein solches. Für die Suche nach der/dem geeigneten Unternehmer*in nutzt die Verwaltung alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Medien. Sie berät darüber hinaus zu Fördermöglichkeiten, unterstützt bei der Akquise und nutzt auch die Möglichkeiten der Arbeitsmarktförderung. Das Angebot ist von der Gemeinde und den	

oberbergischen Touristikern offensiv zu bewerben.
--

11.7	Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.2021 (Eingang 21.06.2021); Geschwindigkeitsreduzierung Linger Straße (L97)	Drucksache Nr. AT/120/21/1
------	---	--------------------------------------

RM Kramer erläutert kurz die Ergänzung des Antrages auf der heutigen Tischvorlage.

RM Kronenberg kennt als Anwohnerin die Problematik und könnte sich auch Kompromisslösungen in Form eines Fußgängerweges, Zebrastreifens bzw. durch Überquerungshilfen vorstellen.

RM Maurer führt aus, dass es weitere Maßnahmen im Kreisgebiet gäbe, wie zum Beispiel oberhalb der Neyetalsperre, wo Geschwindigkeitsanpassungen vorgenommen worden seien.

RM Kolfenbach könnte sich auch gut eine Kombination aus Rad-/Fußgängerweg an der Linge vorstellen. Eine Überquerungshilfe auf der B 256 wäre auf jeden Fall sinnvoll, da der Kurvenbereich nicht einsehbar sei.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, die Verwaltung möge eine Überprüfung der Geschwindigkeitsregelung auf der Linger Straße (L97) veranlassen und begleitende bauliche Maßnahmen prüfen. 1. Eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h zwischen der Einmündung in die B256 und dem Ortsausgang hinter der Einmündung Wipperwiese. 2. Eine Begrenzung auf 50km/h zwischen dem Ortsausgang und dem Ortseingang der Ortschaft Linge. 3. Eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/h im Ortsbereich Linge.	

12	Anfragen	
----	-----------------	--

12.1	Anfrage der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 13.06.2021: Startermaßnahme ISEK, Neugestaltung Heilteich	Drucksache Nr. AN/113/21
------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg beantwortet die Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen mit einem klaren Nein, es seien bisher keine Gespräche mit den Eigentümern der Parkplätze geführt worden.

Begründung:

Man kann nicht den 2. Schritt vor dem 1. Schritt machen.

Zunächst müssen Gespräche mit der Bezirksregierung erfolgen. Erst im Nachgang werden evtl. weitere Gespräche mit den Eigentümern notwendig.

13	Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 2 GO NRW am 27.04.2021	Drucksache Nr. IV/103/21
-----------	---	------------------------------------

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

14	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Geschäftsordnung des Rates, § 5 Anzeigepflicht bei Verhinderung

Bürgermeister Meisenberg teilt nochmals mit, dass Ratsmitglieder, die verhindert sind, an einer Sitzung teilzunehmen, dies vor der Sitzung beim Bürgermeister oder Frau Schorde anzuzeigen haben.

Projektbeirat Regionale

Bürgermeister Meisenberg moniert, dass Bündnis90/Die Grünen mehr als ein Mitglied zum kommenden Termin angemeldet haben, obwohl der Rat mehrheitlich beschlossen habe, dass jede Fraktion nur ein Mitglied entsendet.

RM Schiefer klärt das Missverständnis auf, dass Herr Rockenberg nur im Falle einer Verhinderung von ihm benannt worden sei. Es sollte keine Doppelentsendung sein.

Kalsbach, B 256 Geschwindigkeitsreduzierung

RM Geisel erkundigt sich nach dem derzeitigen Sachstand. Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass die Prüfung noch nicht abgeschlossen sei, da es einen ähnlichen Präzedenzfall gäbe. Der genaue Sachstand wird in der Niederschrift mitgeteilt.

Nachtrag:

Über den Antrag der Gemeinde Marienheide wurde noch nicht entschieden, da noch die Stellungnahme des Landesbetriebes Strassen.NRW als Straßenbaulastträger aussteht. Nach Auswertung der polizeilichen Unfalldatenbank hat es in einem Betrachtungszeitraum von 3 ½ Jahren keine Unfälle wegen überhöhter Geschwindigkeit oder mit Beteiligung von Fußgängern gegeben. Bezüglich eines vom Straßenverkehrsamt abgelehnten Antrages auf Versetzung der Ortseingangstafel in Kalsbach steht noch die gerichtliche Entscheidung aus.

Baumaßnahme Kalsbach, gegenüber Vogelsang

RM Geisel fragt nach, welche Baumaßnahmen dort umgesetzt werden?

Verwaltungsseitig wird mitgeteilt, dass die Fa. Open Grid Europe dort im Bereich der Ferngasleitung jeweils eine GDRM-Station (Gasdruckregel- und Messanlage) errichtet.

Turnhalle Kotthausen

RM Geisel informiert die Verwaltung, dass das Hallendach derzeit überprüft würde. Sollte eine aufwendige Sanierung notwendig sein, so wäre der Verein finanziell überfordert und werde sich sodann mit der Verwaltung in Verbindung setzen.

Scharder Straße, Kurvenbereich

RM Maurer teilte mit, dass auf Höhe der Arztpraxen Witscher/Kloos häufig Autos unter Missachtung der durchgezogenen Linie parken. Er bittet um Kontrolle des Ordnungsamtes. Der Weiteren überfahren in der Kurve zahlreiche Autos die durchgezogene Linie. Er bittet um Prüfung, ob dort der Einbau von Markierungsnägel/-teller Sinn machen könnte.

Verkehrsführung Pestalozzistraße

RM Kolfenbach hatte wegen der Verkehrsführung an der Bushaltestelle Pestalozzistraße Kontakt mit dem Baustellenmanagement des Verkehrskonzeptes. Es wird geprüft, ob die Verkehrsinsel etwas zurückgebaut werden könne, damit die Durchfahrt für LKW's, besonders während der Umleitungsphase erleichtert werden könne. Auch sei eine Durchfahrt durch den Busbereich während der Sommerferien möglich. Verwaltungsseitig wird dies unterstützt.

Skaterpark, Bürgerantrag

RM Kolfenbach findet den Antrag grundsätzlich in Ordnung, werde aber noch einen weiteren Fraktionsantrag einreichen und um Prüfung weitere möglichen Flächen im Gemeindegebiet zu bitten.

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass der vorliegende Bürgerantrag im BPA beraten wird.

Bekanntmachungen Rundblick

RM Hillrichs ist von einem älteren Bürger angesprochen worden, warum die Bekanntmachungen nur noch lediglich mit Hilfe eines QR-Codes abrufbar seien.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Bekanntmachung bereits seit vielen Jahren nicht mehr veröffentlicht werden und lediglich im Bekanntmachungskasten bzw. Internet einsehbar seien. Lediglich ein Hinweis auf die Bekanntmachungen werde im Rundblick veröffentlicht. Der QR-Code sei ein zusätzliches Angebot.

Baumaßnahme Kempershöhe

RM Zander-Wörner erkundigt sich nach einer Baumaßnahme in Kempershöhe. Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass auch dort die Fa. Open Grid Europe im Bereich der Ferngasleitung jeweils eine GDRM-Station (Gasdruckregel- und Messanlage) errichtet.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.
Stefan Meisenberg
Bürgermeister

gez.
Susanne Schorde